

Es muss gehandelt werden

Die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt über Pflege zu Hause

Ältere Leute möchten, auch wenn sie ganz oder teilweise pflegebedürftig sind, möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben und nicht in ein Pflegeheim umsiedeln. Wir sind herausgefordert, in diesem Bereich möglichst schnell eine Lösung zu finden, die diesem berechtigten Anliegen entgegenkommt.

Der häuslichen Pflege älterer Menschen kommt zunehmend eine bedeutende Rolle zu. Die Zahlen der Bevölkerungsstatistik belegen, dass künftig die Zahl jener Menschen, die auf Pflegeleistungen angewiesen sind, steigen wird. Die Leute haben eine höhere Lebenserwartung, sind aber nicht immer in der Lage, ihren Lebensabend ohne Hilfe von aussen zu verbringen. Gerade jene älteren Frauen und Männer, die oft jahrzehntlang im eigenen Haus oder einer Wohnung gelebt haben, wollen nicht in ein Pflegeheim umgesiedelt werden. Wenn sie nur auf leichte Pflege angewiesen sind, ist dieser Wunsch mehr als verständlich. Wir müssen aber auch Verständnis für Frauen und Männer haben, die rund um die Uhr der Pflege bedürfen, aber dennoch ihr lieb gewordenes Zuhause nicht verlassen wollen.

Klarer Handlungsbedarf

Handlungsbedarf ist also gegeben. Die Regierung hat in ihrer Antwort auf ein Postulat angedeutet, die Einführung eines 24-Stunden-Betreuungsangebotes wäre eine realistische Möglichkeit, die heutige Situation zu verbessern. Dieses Angebot wäre für all jene Fälle eine geeignete Lösung, wenn die Angehörigen nicht oder nur teilweise in der Lage sind, die Betreuung älterer oder pflegebedürftiger



Die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt: «Ich fordere die Regierung auf, die Unterstützungsleistung der häuslichen Pflege zu erhöhen.»

er Menschen selbst zu übernehmen. Für solche, die gerne in ein Pflegeheim umsiedeln, besteht dort ein umfassendes Pflege- und Betreuungsangebot, das weiterhin unsere volle Unterstützung erhalten muss. Für die anderen aber sind neue Lösungen gefragt, nach dem Grundsatz, dass unseren älteren Mitmenschen die bestmögliche Betreuung angeboten werden muss. Nicht zuletzt auch darum, weil sie durch ihr jahrzehntlanges Arbeiten und Wirken viel zu unserem heutigen Wohlstand beigetragen haben. Wir

sind diesen älteren Menschen gegenüber verpflichtet, mit sozialpolitischen Massnahmen eine echte Wahlfreiheit zu geben, ob sie nun zu Hause oder in einem Pflegeheim eine optimale Betreuung und Pflege erhalten wollen.

Mehr Geld für häusliche Pflege

Die Postulatsbeantwortung im Juni-Landtag hat gezeigt, dass die Einführung eines Pflegegeldes als Hilfe bei der ambulanten und häuslichen Pflege die erforderliche Unterstützung findet. Die FBP gab im

Juni zu verstehen, dass sie als Sofortmassnahme eine Erhöhung von 100 auf 200 Franken befürwortet. Nun ist es Zeit zum Handeln. Ich fordere die Regierung auf, sofort die Unterstützungsleistung der häuslichen Pflege zu erhöhen. Diese dringend notwendige Erhöhung kann die Regierung über ihre Verordnungskompetenz unverzüglich anordnen, dafür braucht es keinen Landtagsbeschluss und auch keine Diskussion mehr, weil sich der Landtag eindeutig für eine Erhöhung ausgesprochen hat.

Neben dieser kurzfristigen Massnahme zur Unterstützung der häuslichen Pflege brauchen wir eine langfristig tragfähige Basis für die finanzielle Besserstellung im häuslichen Pflegebereich. Die Regierung hat angedeutet, dass der Pflegebereich aus der Krankenversicherung herausgelöst und das erhöhte Pflegegeld über das Ergänzungsleistungsgesetz eingeführt werden könnte. Bis eine solche Vorlage für die Betroffenen wirksam wird, verstreicht viel Zeit. Deshalb ist es wichtig, dass jetzt sofort eine Erhöhung des Pflegegeldes in Kraft gesetzt wird. Ausserdem gilt es parallel dazu zu überlegen, ob anstelle der Verankerung des Pflegegeldes im Ergänzungsleistungsgesetz nicht ein Konzept zur Einführung einer umfassenden Pflegeversicherung geprüft werden soll.

Ich überlege mir einen Vorstoss im Landtag, der einerseits die Forderung nach sofortiger Erhöhung des Pflegegeldes enthält und andererseits die Regierung im Sinne einer langfristigen, umfassenden Regelung auffordert, die erforderlichen Abklärungen zur Einführung einer Pflegeversicherung zu treffen.